

Werden Krebskranke in Berlin ausreichend unterstützt?

„Hinterm Krankenhaus geht's weiter“
vom 14. Januar

Im Artikel taucht das Versorgungsangebot des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) nicht auf. In jedem bezirklichen Gesundheitsamt gibt es seit Jahren eine „Beratungsstelle für behinderte Menschen, Krebs- und Aidskranke“. Diese sind mit Ärzten und Sozialarbeiterinnen besetzt, deren Aufgabe es ist, die Defizite zu überbrücken, die in der vorgestellten Studie beklagt werden: Gespräche zur persönlichen Situation des Betroffenen und seiner Angehörigen, Vermittlung von Kontakten zu Selbsthilfeorganisationen, Leistungsansprüche nach dem Sozialgesetzbuch, notwendige Beratungen und Unterstützungen (z. B. Wohnraumanpassung, onkologische Rehabilitation, soziale Vergünstigungen usw.). Die Information, dass es eine solche Einrichtung der Hilfen für Krebskranke gibt, soll durch den Sozialdienst der Krankenhäuser erfolgen, in denen die Erkrankten erstmals behandelt werden. Durch die inzwischen sehr verkürzten Liegezeiten erfolgt diese Information häufig nicht und die nachbehandelnden, niedergelassenen Ärzte wissen oft nicht ausreichend über vorhandene Möglichkeiten Bescheid. Es wäre hilfreich, würde ein Weg gefunden, der auf gute, vorhandene Beratungs- und Hilfemöglichkeiten hinweist.

— Karin Piehler, Berlin-Dahlem

Sehr geehrte Frau Piehler,
Sie haben recht: Die psychosoziale Beratung gehört zu einer optimalen onkologischen Behand-

lung und Rehabilitation. Berlin ist in dieser Hinsicht im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands sehr gut aufgestellt. Die Beratungsstellen der bezirklichen Gesundheitsämter, die Sie ansprechen, leisten wichtige Arbeit für Menschen mit Behinderung, Aids oder eben auch Krebs. Darüber hinaus gibt es in Berlin eine Vielzahl weiterer Beratungsangebote für Krebsbetroffene und ihre Angehörigen. Darunter die Beratungsstelle der Berliner Krebsgesellschaft, die Beratungsstelle der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) oder des Sozialverbandes VdK Berlin-Brandenburg, um nur einige zu nennen. Eine vollständige Übersicht sämtlicher Adressen ist im „Wegweiser für Krebsbetroffene in Berlin“ der Berliner Krebsgesellschaft zu finden. In der jährlich aktualisierten Broschüre bzw. interaktiven Onlineversion sind neben den Beratungsstellen zu psychosozialen Fragen auch die Kontaktadressen zu Selbsthilfegruppen, Hospizdiensten, Krebsport- und Rehabilitationsgruppen sowie zur medizinischen Beratung und Behandlung aufgeführt. Die Berliner Krebsgesellschaft stellt den Wegweiser kostenfrei zur Verfügung. Mehrere tausend Menschen machen jedes Jahr von dem Angebot Gebrauch.

Eine systematische Information aller onkologischen Patienten über die Beratungsstellen und deren Angebote ist sicher noch nicht in dem Umfang gewährleistet, wie es wünschenswert wäre. Hier müsste in der Tat noch ein Weg gefunden werden, wie das hervorragende Beratungsangebot den Patienten und Angehörigen von den behandelnden Einrichtungen konsequenter vermittelt wird. Für zertifizierte Onkologische Zen-

Zurück GESCHRIEBEN

Unser Leserin mahnt mehr Informationsangebote für Patienten bei einer Krebserkrankung an. Unser Experte Professor Peter M. Schlag zeigt die verschiedenen Angebote auf.



tren werden genau diese Informationen als ein Standard gefordert. Jeder Patient sollte spätestens bei der Entlassung sowohl über psychoonkologische und psychosoziale Beratungsangebote als auch über Selbsthilfegruppen informiert worden sein. Das Schreiben die strengen Qualitätsanforderungen der Zertifizierungsstellen vor. Andererseits können die Patienten manchmal die Vielzahl an Informationen und deren Konsequenzen während einer stationären Krebsbehandlung noch gar nicht richtig aufnehmen und verarbeiten.

Am Charité Comprehensive Cancer Center in Berlin zum Beispiel stehen deshalb Informationsmaterialien bereit, die den Patienten unterstützend mit auf den Weg gegeben werden, sofern sie nicht persönlich über das Angebot informiert worden sind. Dort wurde auch eine ambulante Sozialberatung speziell für Tumorpatienten eingerichtet, um genau die Versorgungslücken zu schließen, die Sie nennen: Gespräche zur persönlichen Situation des Betroffenen und seiner Angehörigen, Vermittlung zu Selbsthilfeorganisationen, alle Leistungsansprüche und notwendigen Beratungen und Unterstützungen wie etwa onkologische Rehabilitation, Wohnraumanpassung oder soziale Vergünstigungen. Letzteres ist insbesondere für die Menschen wichtig, die infolge ihrer Krebserkrankung in eine finanzielle Notlage geraten sind. Von diesen Menschen gibt es in Berlin immer mehr, man denke nur an die vielen Alleinerziehenden oder Menschen mit geringem Einkommen, für die eine Krebserkrankung – ganz unabhängig von der Prognose – zu einer echten existenziellen Bedrohung werden kann. Die Berliner Krebsge-

sellschaft stellt für diese Betroffenen einen Härtefonds bereit und kooperiert dabei seit vielen Jahren mit den Beratungsstellen der Bezirksamter. Diese müssen nämlich eine Härtefallbescheinigung ausstellen, damit der Antragsteller finanzielle Unterstützung aus dem Härtefonds erhalten kann. Das geht Dank der eingespielten Zusammenarbeit beider Institutionen schnell und unkompliziert.

Dass Angebote zur Krankheitsbewältigung in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, zeigt ein Blick in die Statistiken des Landes Berlin. Knapp 20 000 Menschen in Berlin werden in diesem Jahr die Diagnose Krebs erhalten. Im Jahr 2025 werden es bereits rund 23 000 Menschen sein. Gleichzeitig wird Krebs immer mehr zu einer chronischen Erkrankung – das heißt, in der Hauptstadt werden künftig immer mehr Menschen mit einer Krebserkrankung leben. Diese



Entwicklung, bedingt durch Demografie und Therapiefortschritte, bringt ganz neue Anforderungen an die Medizin, die Gesellschaft, die Versicherungssysteme und den Staat mit sich und ist derzeit Gegenstand intensiver Forschung. Die Frage nach einer effizienten Patientenninformation spielt hierbei eine wichtige Rolle.

— Prof. Dr. Dr. Peter M. Schlag ist Vorsitzender der Berliner Krebsgesellschaft e. V. und Direktor des Charité Comprehensive Cancer Centers